

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
38 (1924)**

24 (29.1.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475796](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementpreis beträgt für die Zeit vom 17. bis 31. Januar 90 Pfennig frei Haus, für Abonnenten von der Expedition Petersstraße Nr. 74 85 Pfennig, durch Post bezogen für den Monat Januar 300 Goldmark.

# Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76,  
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Küstringen, Dienstag, 29. Januar 1924 \* Nr. 24

Preis 10 Pfennig

Anzeigen-Gebührenpreise: Illustrierte od. deren Raum für 10 Pf. Wilhelmshaven und Umgegend 5 Pf., Familienzeitungen 3 Pf., alle Anzeigen ausser Abo. Inserenten 7 Pf., Reklame d. Illustrierten 25 Pf. Goldmark bei fortwährender Bezahlung zu dem am Zahlungs-Tage lebhaften amtlichen Berliner Brief-Kurs

## Die preußische Grundsteuer.

Von Max Simon, M. des preuß. Landtages.

Die preußische Grundsteuer ist seit 1865 im Jahre 1923 zum erstenmal erneuert worden. Das Gesetz vom 14. Februar 1923 brachte nur eine vorläufige Regelung der Steuer vom Grundvermögen, die ergänzt wurde durch das Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 und die Verordnung zur Anpassung der Steuergesetze vom 1. September 1923. Gemäß Artikel 50 der Verfassung ist das preußische Staatsministerium - in Übereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss des Landtages eine weitere Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen am 22. Oktober mit Gesetzestext veröffentlicht. Die jüngste Novellierung des preußischen Staates zwang zu einer vorläufigen Regelung.

Der preußische Staat schuldet nach den Mitteilungen des Finanzministers von Richter mehr als 40 Milliarden an die Reichsbank und nur ein geringer Prozentsatz der laufenden Ausgaben ist durch Einnahmen gedeckt. Die Ausgaben des Staates sind gewachsen durch die Vermehrung des Beamtenpersonals (die Vermehrung der aus den abgetrennten Gebieten zurückgekommen Beamten, der Rhein- und Ruhrverwaltung), durch den höheren Staatsaufwand an den aufzuhaltenden persönlichen Kosten zur Unterhaltung der Volksschulen (früher 25 Prozent, jetzt 75 Prozent), durch die preußischen Aufwendungen für die produktive Erwerbslosenfürsorge, durch die von den Bürgerlichen beschlossenen erhöhten staatlichen Anteile an den Baresatzabfindungen, die, was hier einmal besonders betont werden muss, 3 Prozent der gesamten Beamtengehälter Preußens ausmachen, durch die Aufwendungen für die Schule usw.

Mit Recht wenden sich nicht nur Vertreter der Sozialdemokratie, sondern auch Demokraten, Deutsche Volkspartei und vor allem der Finanzminister selbst gegen das steuerliche Moga- gogische Verhalten der Deutschen Nationalen, die bei den Verhandlungen im Hauptausschuss des Preußischen Landtages über Annahme oder Ablehnung des Haushaltsgesetzes durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Beder, nur und nur ein Bild der verhängten Landwirtschaft fingen ließen, für die Rolle des Staates, die Unterernährung weiter Kreise der Konsumen- ten oder nicht ein Wort der Bereitwilligkeit zu steuerlichen Opfern um die landwirtschaftlichen Besitzes und insbesondere des Großbesitzes forderten. Mit äußerster Schärfe gehaltete es der Finanzminister, daß die Deutschen nationalen im Plenum wie in den Ausschüssen des Parlaments für den Staat, für den Hunger weiter Vollschulden in den Städten und Industriegebieten, für die Hungerschäler der Bevölkerung praktisch nichts übrig hätten. Er wies darauf hin, daß weite Kreise der Bevölkerung ihr Vermögen verloren hätten, was bei der Landwirtschaft nicht der Fall ist. Gott sei Dank, sagte er, sind die Landwirte als Gelenkstück von einem alten alten Schaf hergestellt worden, wie die durch die Zivillisten enteigneten Kreise der Bevölkerung. Aber dann müssen sie auch etwas Besonderes leisten, müssen sie zu Opfern bereit sein. Der landwirtschaftliche Hypothekenschulden hat durch die Abholzung der Wälder in Baviergeland Geschäfte gemacht, es ist nur recht und billig, daß er einen kleinen Teil des Staates dem Staat zur Verhüllung stellt. Der Finanzminister schloß mit den Worten, nachdem er ein erschütterndes Bild der Finanzlage des Staates gezeichnet hatte: „Man müsse verstellen, wenn man annehmen möchte, daß die Ausgaben des deutschnationalen Abgeordneten Beder die alleinigen im landwirtschaftlichen Bereich ständigen wären.“

Auch wir Sozialdemokraten sind der Überzeugung, daß die preußische Verordnung über die Grundsteuer kein großer Erfolg ist. Sie ist als eine vorläufige Regelung zu betrachten, die dem notleidenden Staat so schnell wie möglich eine eigene wesentliche Steuer zuführt. Um dieses Ziel zu erreichen, hält die Verordnung an der letzten Veranlagung zur preußischen Erbgangssteuer vom Jahre 1916/17 fest. Für die Land- und Forstwirtschaft bilden die Ertragswerte, für den übrigen Besitz der gemeine Wert von damals die Grundlagen der Besteuerung. Die Steuer beträgt bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, 0,20 Goldmark monatlich, bei allen übrigen Grundstücken 0,25 Goldmark für je 1000 Mark des Wertes, im Jahre also 24 bzw. 3 Goldmark vom Tausend. Die Goldmarken sind nach dem am Zahlungsangebot geltenden Goldtauschverhältnis in Banknoten, Reichs- und Darlehnsbanknoten sowie zu beobachten und zwar am 15. eines jeden Monats an die Gemeindekasse. Die Grund- und Gebäudesteuer brachte im Jahre 1913 dem Staat 288 Millionen, die jetzige Steuer vom Grundvermögen soll 333 Millionen Goldmark einbringen. Dazu kommen in den Städten bis zu 100 Prozent Zuschläge. Bei unter 100 Prozent Zuschlägen, also bei 200 Prozent, bedeutet die Gemeinschaftsbesteuerung durch Staat und Gemeinde etwa 8 Prozent der Friedenssummen, das sind bei 800 Mark Friedenssumme 40 Goldmark. Die Steuer wird natürlich auf die Werte abgewählt werden, und deren große Belastung wird nur durch eine starke Erhöhung der an sich schon ungereichten Wohne- und Gehälter zu tragen sein. Da der Landtag auf Antrag der Volkspartei die Rechtsauflösung über Genehmigung oder Nichtgenehmi-

## Die undankbare Heimat.

**Brahm's Eigenmeldung.** Die Arbeitskreise im Bauernberufbau dauern fort. Die Arbeitskreise wählt mit der jährlich gewählten ersten außerordentlichen Sitz der Freiheitshilfe. Diese Morgenorganisationen organisieren sich Erwerbsorientiertenkörperschaften, die in der unfehlbaren Deutschland abgeschlossen werden, um dort Arbeit und Unterhaltung zu finden. Eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen aus dem Duisburg-Wülfrath-Meier hielten sich bereits im unfehlbaren Deutschland. Ein Transport von 170 Kapitänen ist dieser Tage von Dortmund abgeflogen worden. Die Gemeinden untersuchen nach Möglichkeit das Betreten der ledigen Arbeit, dem notleidenden Arbeitssuchenden den Rücken zu scheren.

Dortmund macht sich eine Auswanderer-Bewegung nach Süden und nach Westen herum bemerkbar. Die Zahl der Auswanderer geht bereits in die Tausende und zeigt sich, was das Bedauernswerte ist, in der Hauptstadt aus Qualitätsarbeitern zusammen. Beispieleweise geben von Dingen in zweiten Tagen Transporte von insgesamt tausend Personen nach Brasilien ab. Bescheinigt ist, daß die Auswanderer aus dem Ruhrgebiet, wo vielleicht die Schadstoffanlagen am unangefochtene Zeit ausgelegt worden sind, eine erhebliche Prozentsatz ausmachen.

### Keine rheinische Goldnotenbank.

(„Z. N.“) **Wiederauflage**. Nachdem Reichskanzlerpräsident Dr. Schückhardt gleichzeitig bestätigte, daß die Gründung der neuen Reichsbank aus Berlin zu verzögern ist, hat die Reichsregierung Herrn Louis Hager, Sachverständiger erachtet, er möge seine Bemühungen um die Gründung einer rheinisch-westfälischen Goldnotenbank einstellen. Geheimrat Hager hat der Reichsregierung geantwortet, das sei bereits geschehen.

### Linkswahlen in Bonn.

(Eigene Meldung). Am Sonntag fanden in Saarbrücken die Wahlen zum Stadtrat statt. Sie ergaben einen starken Linksruck, der sich auf Kosten der bürgerlichen Parteien wölbt. Die Wahlbeteiligung betrug 45 Prozent mehr als 1922, also insgesamt 70 Prozent. Die Sozialdemokratie erhielt 6 Sitze und gewann einen Mandat. Dagegen verlor das Zentrum der linken Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Wahlen 2 Sitze und mußte sich nun wieder mit 16 mit 14 Mandaten zufrieden geben. Auch die Berliner Liberalen Partei, die sich als ehemalige Befreiungspartei und Demokratie zusammenfand, verlor einen Sitz. Sie zieht mit 4 Mandaten in das Landesparlament ein. So wohl die Deutschen Nationalen als auch der frankophile Saarland erhielten keinen Sitz. Dagegen erhielten die Kommunisten ihre Mandatszahl von 2 auf 4, während der Haus- und Grundbesitz fast bis auf 2 nur 1 Mandat erhielt.

**Admiral Behnkes Studienfahrt.**  
Aus Hamburg wird berichtet: Der Chef der Marineleitung, Admiral v. Behnke, hatte gestern vorzeitig dem Präsidenten des Senats im Rathause einen Besuch ab. Admiral Behnke reiste nach Cuxhaven und wird heute seine Rücksicht nach Berlin antreten.

Wie erinnerlich, war v. Behnke in Wilhelmshaven.

### Zuschläge an Erwerbslose.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Erwerbslosen sind bestmöglich versorgt, gegen ihre Unterstützung gemeinschaftlich Aktionen, insbesondere auch bei Notstandshilfe, zu unternehmen. Sie erhalten dann genügende Zuflüsse zur Unterstützung. Diese Zuflüsse sind jetzt in der Weise erzielt, daß der Erwerbslose für je 10 Stunden, die er mehr als 24 Stunden Arbeit leistet, 30 Prozent Zuschlag zur Hauptunterstützung erhält. Bei schweren Arbeiten kann dieser Zuschlag schon nach 16 Stunden gezahlt werden. Für

gung des Gesetzes - leichter hätte das auf dem Erwägungswege erfolgen können - steht hier die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie zu dieser Steuer kurz festgelegt: Die Regierung hatte als gerechte Verhältniszahl der Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken 2 zu 3 vorgeschlagen, die Reichsminister des Ständigen Ausschusses hatte den Quotienten von 4 zu 5 durchgesetzt. Auch wir sind der Ansicht, daß im Interesse der Mieter das Verhältnis von 2 zu 3 angewandt werden müßte. Wir befürworten aber nicht nur zu einer Differenzierung und Staffelung zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken, sondern im Interesse und zur Entlastung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe auch zu einer weitgehenden Staffelung auf dem Lande. Die Differenzierung kommt bei der Papiergewerbeleistung im Frühjahr und die andauende Entwicklung des Papiergewerbes in das damalige Gesetz nicht hineinbezogen werden, auch in der Verordnung nach der Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, die so schnell wie möglich erlassen werden müßte, was es nicht möglich ist, nach unteren Wünschen zu verantworten, he muß aber im späteren endgültigen Gesetz kommen. Wir fordern für das kommende spätere Grundsteuergesetz, das dieses Roßgesetz früher oder später absolvieren muß, die Veranlagung nach dem gemeinsamen Wert. Denn die Veranlagung nach dem Ertragswert trifft den kleinen Besitzer hart. In Sachsen beträgt der Ertragswert für den Morgen bei Gütern von 20-40 Morgen 740 Mark, von 40-200 Morgen 200 Mark, von 200-300 Morgen 400 Mark, von mehr als 300 Morgen 300 Mark. Die höhere Flächeneinschätzung des kleinen Besitzes kommt daher, daß die Veranlagungsbehörden den Wochentypen auszugehen sind; diese sind aber bei dem Landhunger in Preußen bei kleineren Besitzungen besonders hoch.

Facharbeiter ist eine besondere Prämie von 10 Prozent des Hauptunterhalbjahres pro Tag eingehalten. Außerdem ist bei besonders guten und besonders schwierigen Leistungen eine Prämie von täglich 5 Prozent festgesetzt.

### Die vorbildliche Reichswehr.

Der Soz. Parlamentsdienst teilt mit: Von außerordentlicher Seite erfuhrten wir, daß die Staatsanwaltschaft allein im Landgericht Chemnitz gegen ca. 90 Reichswehrangehörige ein Verfahren wegen Misshandlung der Soldatenförderung eingeleitet hat. Es kann also mit Bestimmtheit angenommen werden, daß in den sieben lädierten Landgerichtsbezirken mehrere hundert Ermittlungsvorfaßen gegen Reichswehrangehörige und Soldaten vorgegangen werden.

### Die akademischen Radaußrunder.

(Eigene Meldung aus Dresden). Bei den Bergungen im Städtischen Schauspielhaus anlässlich der „Hindemith“-Aufführung wurden 37 Personen politisch festgenommen. Die Organisation der Schauspielkunst lag in den Händen des Vorstandes des Hochschultheaters Dietrich, der auch nach während der Vorstellung weitere Aufforderungen gab. Seine Helfer schickten ihm meist Studenten und Angehörige der sogenannten höheren Bevölkerung gegen neunzehn Uhr vorgelegten Personen wird gerichtlich vorgegangen werden.

### Der sächsische Kurs.

(Eigene Meldung). Auf Ruffung des Hauptvorstandes beschäftigte der Deutsche Eisenbahner-Verband am Sonntag in Dresden eine Urabstimmung darüber vorzusehen, ob der teilweise bereits bis zu 15stündigem Arbeitsschaden durchgehende Schichtdiensttag im Eisenbahnbetrieb ganz erhalten bleiben soll oder nicht. Am Sonnabend und Sonntag wurde auf sämtlichen Eisenbahnbetriebsstellen ein Besuch des Wehrkreisamtes IV bekanntgegeben, daß die Streikabstimmung nach der Wehrkreisverordnung vom 27. 9. 1923 stattfindet. Kurz nach Beginn der Wahl am Sonntagvormittag wurden die Abstimmungssäle von der Polizei besetzt, einzelne Wahlleiter verhaftet und die Wahlurnen sowie das gesamte Wahlmaterial beschlagnahmt.

### Diplomatische Kur bei Macdonald.

(Länderliche Meldung.) Amtlich wird mitgeteilt: Der Ministerpräsident und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Samoilas Macdonald ist morgen erster im Auswärtigen Amt nach ander 34 (?) Gefangen bzw. Geschäftsträger fremder Mächte. Keiner Einzelne wurde achtzig empfangen und hatte eine Unterredung von mehreren Minuten mit dem neuen Leiter der auswärtigen Politik. Die englische Regierung legt Wert darauf, mitzutun, daß dem Botschafter des „Auslands“ durch Macdonald's geplanten Aufführungsergebnissen (vgl. gestrige Meldung) bereits vor besten Ministrärschaftserfolgen erfolgten.

Unter Vorsitz des Kultusministers tritt am heutigen Dienstag zur Vorbereitung des am 30. März stattfindenden Parteitages zusammen.

Der Zentralausschuß der Reichsbank tritt am heutigen Dienstag an einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um einen Bericht des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht entgegenzunehmen.

Eine Moskauer Meldung besagt: Zum Vorsitzenden des Rates der Sowjetkommissare an Stelle Lenin's wurde Stalin gewählt werden.

Bei dem auf Grundlage der Hochpreise errechneten Kapitalwert schlägt der hinzugerechnete Wert der Gebäude und des Inventors bei kleinen Betrieben viel stärker zu Buche. Schon diese Vorbelastung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe erfordert eine ähnliche Staffelung bei der Erhebung, wie sie in dem Grundsteuergesetz von Anzahl vom 4. April 1923 durchgesetzt ist. In Anzahl wird der Besteuerung der gemeinsame Wert von 1. April 1914 zugrunde gelegt. Bei einem Wert von 0 Mark bis einschl. 1000 Mark beträgt die Steuer 0,10 bis 0,10 Mark; bei 1000 Mark bis 2000 Mark beträgt die Steuer 0,10 bis 0,20 Mark; bei einem Wert von 10 000 bis 11 000 Mark ist sie 1,-- bis 1,10 Mark; bei 19 000 bis 20 000 Mark ist sie 1,10 bis 2,-- Mark. Dann seien bis 30 000 Mark pro 1000 höhere Bewertungen um 40 Pfennige ein, bis 40 000 um 1 Mark, bis 50 000 um 1,20 Mark, bis 60 000 um 1,50 Mark, bis 75 000 Mark um 1,80 Mark. Bei 75 000 bis 150 000 Mark Wert werden 1 vom Kaufpreis erhoben. Bei über einer Million beträgt der Steuerzahler 1,20 Mark. Die Beträgen, die zur Erhebung gelangen, sind ohne Zweifel zu gering; Inhalt hat ja auch ein fünftes Quänt in einem Nachfrageziel erheben müssen; die Idee ist aber gut und richtunggebend für die Schaffung neuer Grundsteuern in allen deutschen Ländern.

Eine so noch unseres Wunsches gestaltete Grundsteuer den preußischen Verbündeten angewendet, würde eine gerechte und einheitliche Besteuerung des Bodens herbeiführen, zur Besteuerung des Landwirtschaftsreiches beitragen, eine Vereinfachung des Steuerwesens mit erzielen und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in allen Betriebsgrößen beitragen. Die Wälder werden über ihre Ein- und Durchbildung zu entscheiden haben durch Unterstützung der Parteien, die für eine Grundsteuersteuer auch in Preußen sind.











